

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2003		OBM						
	2003		OBM		260.150	220.150	220.150	0	Summe OBM 2003
	2003		2. BM						
	2003		2. BM		1.658.000	696.450	1.327.450	0	Summe 2.BM 2003
	2003		3. BM						
	2003		3. BM		400.000	400.000	400.000	0	Summe 3.BM 2003
	2003		Ref. I						
	2003		Ref. I		2.380.500	1.380.500	1.356.190	0	Summe Ref.I 2003
	2003		Ref. II						
	2003		Ref. II		201.025	201.025	201.025	0	Summe Ref.II 2003
	2003		Ref. III						
	2003		Ref. III		1.992.950	1.260.950	1.251.950	0	Summe Ref.III 2003
	2003		Ref. IV						
	2003	68	MN	Instrumentalbereich Standardreduzierung und/oder Gebührenerhöhung	190.000	190.000		190.000	Ein sukzessiver Personalabbau erfolgt bis 2017. Gebührenerhöhung zum 01.09.2003 erfolgte, die Mehreinnahmen wurden jedoch zunächst zur Deckung von "Altschulden" verwendet. Aktuell sollen 1,5 VK nicht wiederbesetzt werden.
	2003		Ref. IV		3.559.000	3.334.000	3.144.000	190.000	Summe Ref.IV 2003
	2003		Ref. V						
	2003	75	J	Beurkundungen Organisationsuntersuchung mit Personalbemessung	0	0	0	0	Die Organisation der Abteilung Beistand-/Amtsvormundschaften wurde 1996 einer tiefgreifenden Umstrukturierung unterzogen und in den letzten Jahren laufend den weiteren Anforderungen angepasst. Die möglichen Prozessoptimierungspotentiale wurden bereits realisiert und sind ausgeschöpft. Die Auswirkungen und die Optimierungspotentiale des Echtheinsatzes des neuen DV-Verfahrens für J sind noch nicht abschließend ausgewertet. Nach Neubesetzung der Abteilungsleiterstelle ist für 2010 eine Personalbemessung vorgesehen.
	2003	76	J	Beistandschaft Organisationsuntersuchung mit Personalbemessung	0	0	0	0	siehe lfd. Nr. 75 Nach Neubesetzung der Abteilungsleiterstelle ist für 2010 eine Personalbemessung vorgesehen.
	2003		Ref. V		3.011.700	2.743.000	2.766.200	0	Summe Ref.V 2003
	2003		Ref. VI						
	2003	97	BoB	Bauüberwachung Reduzierung um 1 Stelle	43.900	43.900		51.000	Eine Stellenreduzierung ist durch die Anbringung eines kw-Vermerks sichergestellt (POA vom 24.06.2003). Der Einzug der Stelle ist noch offen, da der Stelleninhaber (Bautechniker) noch nicht umgesetzt werden konnte. Es liegt ein Antrag der Dienststelle auf Aufhebung des Sparbeschlusses vor. Ein Ersatzvorschlag ist zu benennen.
	2003	98	H	Kommunales Energiemanagement Reduzierung um 1 Stelle	64.000	64.000	9.220	0	Die Stelle wurde eingezogen. Der größte Teil des Stelleneinzuges wurde für die HHK 4 x 1% angerechnet. Die Dienststelle muss einen weiteren Vorschlag vorlegen.
	2003	105	Stpl	Geschäftsstelle Städtebaul. Entwicklungsmaßnahmen Befristung einer Stelle (Abschluss Herpersdorf)	64.000	64.000		64.450	Die Stelle hat einen Fristvermerk 12/2012.
	2003		Ref. VI		1.560.550	1.540.550	1.371.670	115.450	Summe Ref.VI 2003
	2003		Ref. VII						
	2003		Ref. VII		563.200	434.200	420.050	0	Summe Ref.VII 2003
	2003		Allgemein						
	2003	153	Allgemein	Gutachtenvergabe an Externe zur Erzielung von Synergieeffekten in der Städteachse. Die Ausführungen im Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 27.10.1999 zur Forderung eines organisatorisch-funktionalen Quervergleichs im Konzern "Stadt Nürnberg" sind bei der Prüfung einzubeziehen.	2.000.000	1.750.000		64.000	Im Dezember 2002 wurde durch die Oberbürgermeister das Projekt „Interkommunale Zusammenarbeit der Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach“ gestartet. Aufgrund der unter ID Nr. 1310 der HHK 2004.2 beschlossenen Einsparung durch die Schaffung einer gemeinsamen Statistikstelle ist der Konsolidierungsbeschluss um 250.000,- Euro zu kürzen. Für die Projekte "Beihilfe", "Stellenanzeigen" und "Städteakademie" kann für das Jahr 2010 mit Einsparungen in Höhe von 64.000 Euro gerechnet werden.

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2003	163	Allgemein	Sparkasse: Konteneinrichtung für Sozialhilfeempfänger; weiterer Stellenabbau in der Kasse	55.000	55.000	0	0	Durch die Einrichtung von Girokonten für Sozialhilfeempfänger sollte die Zahl der Barauszahlungen deutlich reduziert und dadurch ein Abbau der Stellenkapazität in der Barkasse ermöglicht werden. Zum 01.01.2005 trat das SGB II in Kraft. In der Folge wird die überwiegende Zahl der ehemaligen Sozialhilfeempfänger von der ARGE Nürnberg betreut, so dass die Barauszahlungen bei KaSt deutlich zurück gingen. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen wurde die Öffnungszeit der Barkasse ab 01.10.2007 probeweise auf die Vormittagsstunden reduziert (vgl. Mitteilung Nr. 35 B vom 21.08.2007). Zum 01.04.2008 wurde - im Rahmen einer größeren Organisationsänderung - schließlich eine halbe Stelle (Kassierer/in) dem Stellenplan entnommen (POA vom 11.03.2008). Diese Organisationsänderung erbrachte Einsparungen in Höhe von insgesamt 96.100 Euro. Davon wurden 40.000 Euro auf den Sparbeschluss Nr. 2005/97 angerechnet und der Restbetrag zur Reduzierung der Budgetbelastung von KaSt verwendet. Ein weiterer Stelleneinzug ist nicht möglich, damit der Betrieb der Bar-Einzahlungen aufrechterhalten werden kann. Die Einrichtung eines Kassenautomaten wird geprüft.
	2003		Allgemein		10.337.000	10.087.000	8.282.000	64.000	Summe Allgemein 2003
	2003		SUMMEN		25.924.075	22.297.825	20.740.685	369.450	SUMMEN HHK 2003

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2004		OBM						
	2004	1370	RA	Reduzierung um eine/n Juristin/en. Teilersatz durch Zuordnung von RA/3-Versicherungsamt zum Einwohneramt (Bürgeramt), um für Dienststellenleiter mehr juristische Sachbearbeitung zu ermöglichen.	89.400	89.400		89.400	Die Stelle hat einen Fristvermerk 12.11.
	2004	269	StN	<i>Eheschließungen: Personalreduzierung</i> Reduzierung der Standesbeamten im Bereich Eheschließungen um 0,45 Stellen; Personalstruktur ermöglicht nur einen Gruppenvermerk	24.570	24.570		24.570	Die Änderung des bundesweit einheitlichen Personenstandsrechts kann wie geplant dauerhaft zu Einsparungen führen. Gemäß der Gesetzesbegründung wird zunächst jedoch für einige Jahre ein Stellenmehrbedarf gegeben sein (bis ca. Ende 2013). Erst mit Einführung eines elektronischen Personenstandsregisters ist eine Optimierung der Aufgabenerledigung und der Datenübermittlung zwischen den Standesämtern bzw. anderer Behörden möglich. Derzeit sind bereits deutlich erhöhte Gebühreneinnahmen (jährlich mindestens 250.000,- Euro) im Haushalt nachzuvollziehen.
	2004	1337	StN	<i>Personalreduzierung nach Einführung elektronischer Personenstandsbücher</i> Im Personenstandsreformgesetz (Inkrafttreten derzeit für 2006 geplant) ist die Einführung von elektronischen Personenstandsbüchern vorgesehen. Diese werden die Fortschreibungen in den bisherigen Familienbüchern und deren Ausstellung reduzieren.	66.600	66.600		66.600	Die Änderung des bundesweit einheitlichen Personenstandsrechts kann wie geplant dauerhaft zu Einsparungen führen. Gemäß der Gesetzesbegründung wird zunächst jedoch für einige Jahre ein Stellenmehrbedarf gegeben sein (bis ca. Ende 2013). Erst mit Einführung eines elektronischen Personenstandsregisters ist eine Optimierung der Aufgabenerledigung und der Datenübermittlung zwischen den Standesämtern bzw. anderer Behörden möglich. Derzeit sind bereits deutlich erhöhte Gebühreneinnahmen (jährlich mindestens 250.000,- Euro) im Haushalt nachzuvollziehen.
	2004	1358	StN	<i>Personalreduzierung</i> Reduzierung der Standesbeamtinnen/ten	27.300	27.300		27.300	Die Änderung des bundesweit einheitlichen Personenstandsrechts kann wie geplant dauerhaft zu Einsparungen führen. Gemäß der Gesetzesbegründung wird zunächst jedoch für einige Jahre ein Stellenmehrbedarf gegeben sein (bis ca. Ende 2013). Erst mit Einführung eines elektronischen Personenstandsregisters ist eine Optimierung der Aufgabenerledigung und der Datenübermittlung zwischen den Standesämtern bzw. anderer Behörden möglich. Derzeit sind bereits deutlich erhöhte Gebühreneinnahmen (jährlich mindestens 250.000,- Euro) im Haushalt nachzuvollziehen.
	2004		OBM		1.951.896	1.951.896	1.681.626	270.270	Summe OBM 2004
	2004		2. BM						
	2004		2. BM		3.294.808	2.329.590	1.943.844	385.950	Summe 2.BM 2004
	2004		3. BM						
	2004	1376	3. BM	<i>Sonstige Stellenkonsolidierungen</i> Abbau von insgesamt 9,61 Stellen im gesamten Geschäftsbereich 1,0 Schulsekretärin SchB 1,0 Schulhausmeister SchV 0,5 Verwaltungskraft SchB 0,26 medienpäd. Dienst MZ 1,0 Schulsekretärin SchG 2,0 Reinigungskräfte SchV 1,0 Reinigungskraft SchB 1,0 Verwaltungsfachkraft SchB 1,0 Techn. Fachkraft SchG 0,5 Projektkoordinator Ref.IV 0,35 Verwaltungsfachkraft		331.524	289.924	41.600	Die Umsetzung erfolgte über Stelleneinzug bzw. Anbringung von verschiedenen kw-Vermerken im Umfang von insgesamt 9,61 VK mit unterschiedlichen Wirksamkeiten. 8,5 Stellen wurden bereits eingezogen. Ab 01.01.2008 erfolgte zunächst eine Budgetverschlechterung. Es steht noch der Einzug einer Schulsekretärin im Bereich Gymnasien (Realisierung eines kw-Vermerkes) aus.
	2004		3. BM		2.485.281	2.816.805	2.733.605	83.200	Summe 3.BM 2004
	2004		Ref. I						
	2004		Ref. I		1.934.556	1.713.881	1.713.881	0	Summe Ref.I 2004
	2004		Ref. II						
	2004	1111	KaSt	Einzug von 2 Vollkraftstellen nach Beendigung des Projektes NRN und Ablösung der Belegablage durch ein elektronisches Archivierungssystem.	70.900	70.900		70.900	Die Anbringung von Gruppen-kw-Vermerken im Umfang von 2 Stellen ist erfolgt. Die Realisierung ist abhängig von der Einführung eines elektronischen Archivierungssystems (entsprechender Stellenvermerk "Bedingung").
	2004		Ref. II		686.823	686.823	607.834	70.900	Summe Ref.II 2004
	2004		Ref. III						
	2004		Ref. III		1.634.967	1.400.567	1.376.764	23.803	Summe Ref.III 2004

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2004		Ref. IV						
	2004		Ref. IV		3.256.829	2.447.918	2.352.980	94.938	Summe Ref.IV 2004
	2004		Ref. V						
	2004		Ref. V		5.414.829	5.414.829	5.414.829	0	Summe Ref.V 2004
	2004		Ref. VI						
	2004		Ref. VI		5.004.759	4.897.559	4.897.559	0	Summe Ref.VI 2004
	2004		Ref. VII						
	2004		Ref. VII		966.638	967.838	967.838	0	Summe Ref.VII 2004
	2004		Allgemein						
X	2004	1142	Allgemein	Änderung der Bayer. Bauordnung: Personalreduktion Wegfall einer halben Planstelle	37.225	37.225			Es liegt ein Antrag der Dienststelle auf Aufhebung des Sparbeschlusses vor. Dem POA wird empfohlen, den Sparbeschluss aufzuheben.
	2004	1405	Allgemein	Prüfauftrag für die Bereiche Straßenunterhalt, Grün, Reinigung und Mülleinsammeln Vor einer intensiveren Prüfung der möglichen Formen der Zusammenarbeit im Großraum auf diesem Gebiet sollten die Schnittstellen in der Nbggr. Struktur untersucht werden. Geprüft werden soll die Errichtung einer neuen Organisationseinheit (z.B. Eigenbetrieb) mit dezentralen Zuständigkeiten, die die Aufgaben Grün / Straßenunterhalt / Straßenreinigung / Winterdienst und Mülleinsammeln ganzheitlich erledigen. Da die volle Wirksamkeit der geschätzten Einsparzieles in Höhe von 2 Mio. € nicht im vorgegebenen Zeitraum erfolgen wird und auch die mögl. Auswirkungen auf die bisherigen Organisationsstrukturen nicht so schnell haushaltswirksam werden, wird vorgeschlagen, eine Einnahmeerwartung für den Zeitraum bis 2007 in Höhe von 1 Mio. € anzusetzen.	1.000.000	1.850.000	350.000	1.500.000	Die Einsparung wird stufenweise realisiert. Ab dem Jahr 2010 werden jährlich im Wirtschaftsplan 350.000 Euro berücksichtigt.
	2004		Allgemein		7.108.917	7.084.917	5.547.692	1.500.000	Summe Allgemein 2004
	2004		SUMMEN		33.740.303	31.712.623	29.238.452	2.429.061	SUMMEN HHK 2004

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2005		OBM						
	2005	7	Pr	Integration Online- und E-Government-Büro	40.000	40.000			Diese Prüfung ist aufgrund des engen fachlichen Zusammenhangs zu IZ-IT zurückgestellt.
	2005	8	Pr	Anzeigenakquise	53.032	53.032			Die Möglichkeit einer Stellenreduzierung wird geprüft. Rückkopplung mit der Dienststelle zur konkreten Benennung von Stellenplannummern für Personalreduzierungen.
	2005	10	IB	Internationales Haus - Integration von Menschenrechtsbüro und Ausländerbeirat	30.000	30.000			Nachdem die Fertigstellung des Internationalen Hauses noch andauert, ist eine Aussage zum Prüfauftrag noch nicht möglich.
	2005	22	EP	Elektronische Melderegisterauskunft	100.000	100.000			Die Einführung des neuen Fachverfahrens mit allen Modulen ist noch nicht abgeschlossen. Nach vollständiger Implementierung der neuen Funktionalitäten (Bewohnerparkausweise, Online-Formulare usw.), die Ende 2010 möglich ist, erfolgt die Anpassung der Personalbemessung im Bereich der Melderegisterauskünfte.
	2005	23	EP	Neues Fachverfahren PAMELA	40.000	40.000		40.000	Die Einführung des neuen Fachverfahrens mit allen Modulen ist noch nicht abgeschlossen. Nach vollständiger Implementierung der neuen Funktionalitäten (Bewohnerparkausweise, Online-Formulare usw.), die Ende 2010 möglich ist, erfolgt die Anpassung der Personalbemessung im Bereich der Melderegisterauskünfte.
	2005	24	EP	Zusammenführung der Aufgabe Namensänderungen bei StN	5.000	5.000			Der Sparvorschlag wird bis zur Bearbeitung der Stufe 3 der HHK 2009 zurückgestellt.
	2005	19	OA	Gewerbemeldung online - Elektronische Datenübernahme	40.000	40.000			Die EU-Dienstleistungsrichtlinie wurde zum 01.01.2010 eingeführt. Die Prozesse dieses Bereiches wurden dabei leicht verändert. Mit der Prüfung entsprechender Auswirkungen wird im Herbst 2010 begonnen; ein Ergebnis wird zum Jahresende 2010 vorliegen.
	2005	16	RA	<i>Wegfall Widerspruchsverfahren: Prüfauftrag Auswirkungen</i> Die Auswirkungen des auf Probe ausgesetzten Widerspruchsverfahrens sind bei den betroffenen Dienststellen zu ermitteln und gegenzurechnen. Evtl. entstehende Mehrkosten sind beim Freistaat Bayern einzufordern.	5.000	5.000			Das fakultative Widerspruchsverfahren wurde Mitte 2007 eingeführt. Zunächst sollten die Fallzahlen von 2 Jahren im Jahresverlauf abgewartet werden, um evtl. Ausreißer im Jahr 2008 auszuschließen. Neben der BoB, Stpl werden vor allem die Fallzahlen von OA, FW und KaSt überprüft.
	2005		OBM		634.832	617.832	304.800	40.000	Summe OBM 2005
	2005		2. BM						
	2005	29	SpS	Wegfall der kostenlosen Pflege der Vereinssportanlagen durch städtische Pflegekolonne	44.000	40.000	7.500		Seit Anfang 2007 werden den Vereinen die bei SpS gebuchten Pflegeleistungen verrechnet. Das eingesetzte Material wird von den Vereinen im tatsächlich angefallenen Umfang getragen, die Arbeitsleistung der SpS-Mitarbeiter wird mit Pauschalen verrechnet. In den Jahren 2007 und 2008 konnten so ca. 15.500 Euro erwirtschaftet werden. SpS beabsichtigt die Pflege der Vereinssportanlagen - im Rahmen des verfügbaren Personals - fortzuführen und Einnahmen zu erwirtschaften. Zum 01.02.2010 konnten alle Stellenüberhänge bei SpS (kw-Vermerke) abgebaut werden. Da auch Preiserhöhungen nicht möglich sind (die Sportvereine könnten die Leistung ansonsten kostengünstiger von Gartenbaufirmen einkaufen), ist die Erzielung höherer jährlicher Einnahmen nicht realistisch. Aufgrund der für die Jahre 2007 bis 2010 vorliegenden Zahlen ergibt sich rechnerisch ein durchschnittlicher Gewinn in Höhe von ca. 7.500 Euro pro Jahr. Die externe Vergabe der Pflegeleistungen soll geprüft werden.
	2005	13	BA/NOS	<i>Reduzierung des Dienstleistungsangebots bei den Verwaltungsämtern</i> Der Bereich Sozialversicherung wird nur noch zentral bei EP(VA) angeboten.	94.000	94.000			Grundlage für den Konsolidierungsvorschlag ist der ersatzlose Verzicht bzw. die eingeschränkte Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Sozialversicherung. 2. BM/BA/NOS verweist auf die Bedeutung der dezentralen Rentenberatung als Baustein des vielfältigen Aufgabenspektrums der drei Bürgerämter. Wie in vielen kleineren Kommunen derzeit schon erfolgreich praktiziert, sollte auch für die Außenstellen zumindest geprüft werden, ob zur Aufrechterhaltung eines dezentralen Angebots eine Kooperationsmöglichkeit mit Versichertenältesten besteht. Das Beratungsangebot ist nach den Vorschriften des SGB IV für den Ratsuchenden auch weiterhin kostenlos. Die Option wird mit BA/NOS geprüft.
	2005		2. BM		633.000	609.000	453.500	98.000	Summe 2.BM 2005
	2005		3. BM						
	2005	47	3. BM	Verzicht auf Anstellung der Schulweghelfer im Rahmen des BAT	49.350	49.350			Im Rahmen des TVÖD wurden die rechtlichen Möglichkeiten geprüft. Die von SchV geführten Verhandlungen mit der Verkehrswacht mit dem Ziel der Aufgabenübertragung führten zu keinem Ergebnis. Mangels Realisierbarkeit des Konsolidierungsbeschlusses wurde von SchV ein Ersatzvorschlag angefordert. Zum Haushalt 2009 wurden seitens SchV die Schaffung weiterer Stellen ohne Deckung beantragt. Es wurde eine Stellungnahme incl. Ersatzvorschlag angefordert. Die Möglichkeit der Personalkostenreduzierung im Bereich Schulweghilfe soll geprüft werden.
	2005		3. BM		112.100	112.100	62.750	0	Summe 3.BM 2005
	2005		Ref. I						

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2005		Ref. I		2.021.900	1.994.900	1.994.900	0	Summe Ref.I 2005
	2005		Ref. II						
	2005		Ref. II		240.000	240.000	270.000	0	Summe Ref.II 2005
	2005		Ref. III						
	2005	33	UwA	Wegfall der Stelle Umwelt und Wirtschaft	82.450	82.450		82.450	Die Stelle hat einen Fristvermerk 12/2011.
	2005		Ref. III		82.450	82.450	0	82.450	Summe Ref.III 2005
	2005		Ref. IV						
	2005	88	Av	Prüfauftrag: Erschließung neuer Einnahmequellen/Teilweiser Wegfall der Gebührenfreiheit	5.000	5.000			Der Entwurf GebS wurde nach Abstimmung mit RA modifiziert. Darin ist die Anhebung der Gebühren geplant. Die Beschlussfassung durch den Fachausschuss steht noch aus. Die geänderte Satzung soll in der Sitzung des Kulturausschusses im Juli 2010 beschlossen werden.
	2005	90	StB	Prüfauftrag: Abgabe der Buchbinderarbeiten (Folierungsarbeiten) an Behindertenwerkstätten o. ä.	45.000	45.000		45.000	Personalwirtschaftlich ist der Vorschlag derzeit nicht umsetzbar; erst mit Bezug der neuen Zentralbibliothek (2012) könnten Konsolidierungsmöglichkeiten entstehen; die betroffenen Stellen (2,28 VK) wurden im Stellenplan mit offenen ku-Vermerken bzw. Fristvermerken versehen.
	2005	91	StB	Prüfauftrag: Reduzierung der Stellenausstattung im Rahmen einer Neuorganisation	150.000	150.000	26.800		Die Umsetzung ist erst mit Bezug der neuen Zentralbibliothek in 2012 zu realisieren. Im Bereich Personalsachbearbeitung bei StB wurde eine Stelle um 0,3 VK reduziert.
	2005		Ref. IV		673.500	668.500	488.800	51.000	Summe Ref.IV 2005
	2005		Ref. V						
	2005	50	Ref. V	Neustrukturierung des Referatsbereichs	500.000	500.000	241.592	258.408	Die Umsetzung der Neuorganisation des Ref. V erfolgt auf Basis einer entsprechenden Zeitplanung in enger Abstimmung mit Ref. I und II. Dem JHA und POA wird bis Ende 2010 über die Umsetzung der Neuorganisation des Ref. V berichtet.
	2005	56	SenA	Bündelung der Verwaltungskapazitäten SenA mit Ref. V	20.000	20.000	0	20.000	Gemäß POA-Beschluss vom 16.06.2009 werden 0,5 VK zum 01.11.2011 eingezogen.
	2005		Ref. V		719.925	676.500	396.042	278.408	Summe Ref.V 2005
	2005		Ref. VI						
	2005	59	Stpl, Vpl	Zusammenführung der Planungsverantwortung (dieser Vorschlag ist deckungsgleich mit dem Vorschlag der AG 2.,3.BM/Ref IV, ID 115) - Diskussion im Rahmen der Strukturreform	161.000	161.000			Die Bearbeitung steht in einem engen fachlichen Zusammenhang mit ID1405 aus der HHK 2004. Ein Realisierungskonzept soll unter Beachtung der Schnittstellen Grundsatz- und Ausführungsplanung im Rahmen der Neustrukturierung der Stadtverwaltung erarbeitet werden.
	2005	62	SÖR	Abbau von Hierarchien nach Ablauf des Projektes "Reduzierung des Bearbeitungsrückstands bei der Erhebung von Erschließungs- und Ausbaubeiträgen"	45.000	45.000		45.000	In der Sitzung am 9.5.2006 wurde der von der referatsübergreifenden Projektgruppe (Ref. VI, BAV, H, T, PR Ref. VI, ORG) erarbeitete Umsetzungsvorschlag beschlossen. Aufgrund des noch nicht abgeschlossenen Projektes "Abbau des Bearbeitungsrückstands" konnte dieser noch nicht kassenwirksam umgesetzt werden. Die Verlängerung des kw-Vermerks auf F12.10 wurde beschlossen.
	2005	66	Stpl	Reduzierung der Personalkapazität für die Bearbeitung von Widersprüchen, sofern das Widerspruchsverfahren dauerhaft abgeschafft bleibt	60.000	60.000			Das fakultative Widerspruchsverfahren wurde Mitte 2007 eingeführt. Zunächst sollten die Fallzahlen von 2 Jahren im Jahresverlauf abgewartet werden, um evtl. Ausreißer im Jahr 2008 auszuschließen. Neben der BoB und Stpl werden vor allem die Fallzahlen von OA, FW und KaSt überprüft.
	2005	69	Vpl	Prüfung der Schnittstelle von Vpl zu SÖR	34.000	34.000			Die Schnittstellen zwischen SÖR und Vpl werden derzeit untersucht. Entsprechende Arbeitsaufzeichnungen begannen am 01.10.2009 und laufen noch bis zum 30.09.2010. Mit Ergebnissen ist ab Ende 2010 zu rechnen.
	2005	70	BoB	Reduzierung der Personalkapazität für die Bearbeitung von Widersprüchen, sofern das Widerspruchsverfahren dauerhaft abgeschafft bleibt. Wegfall von 1,0 Stellen .	54.600	54.600			Das fakultative Widerspruchsverfahren wurde Mitte 2007 eingeführt. Zunächst sollten die Fallzahlen von 2 Jahren im Jahresverlauf abgewartet werden, um evtl. Ausreißer im Jahr 2008 auszuschließen. Neben der BoB und Stpl werden vor allem die Fallzahlen von OA, FW und KaSt überprüft.
	2005	72	BoB	Organisationsuntersuchung nach Novellierung Baurecht	190.000	190.000			Im Rahmen des Städtevergleichs Essen-Leipzig-Nürnberg wird die Organisationsuntersuchung der BoB aufgrund der Verzögerung der Novellierung der BayBo Ende 2009 begonnen. Die Absprache über Umfang und Schwerpunkt erfolgt derzeit mit Leipzig und Essen.
X	2005	74	H	Teilweiser Umbau der Heizungswerkstatt in Richtung Vergabeleistungen.	200.000	200.000	200.000		Eine aktuelle Organisationsuntersuchung zu dem Thema erfolgt im Rahmen des Städtevergleichs "Essen-Leipzig-Nürnberg". Ein Bericht wurde dem POA am 26.01.2010 vorgelegt. Im Rahmen der näheren Betrachtung der Werkstätten konnten im Projekt "Interkommunaler Städtevergleich" (Sparbeschluss Nr. 2005/103) Umsetzungsempfehlungen in Höhe von insgesamt 378.400 Euro erzielt werden. Davon werden 200.000 Euro zur Erfüllung dieses Sparbeschlusses eingebracht und 178.400 Euro auf den Sparbeschluss Nr. 2005/103 angerechnet. Der POA hat am 26.01.2010 die entsprechenden Stelleneinzele bzw. die Budgetkürzung beschlossen. Dem POA wird empfohlen, den Sparbeschluss als erledigt anzusehen.

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2005	75	H	Einführung eines projektbezogenen Controllingsystemes für Baumaßnahmen beim Hochbauamt	10.000	10.000			Zur Weiterentwicklung des Baukostencontrollings wurde ein Grobkonzept entworfen mit dem Ziel, eine bessere Steuerung der Baukosten zu erreichen. Ein Produktivstart ist für den 01.01.2011 vorgesehen.
	2005		Ref. VI		1.420.050	1.402.920	734.850	155.000	Summe Ref.VI 2005
	2005		Ref. VII						
X	2005	80	WS	Wegfall der Aufgabe Wohnungsaufsicht und Standardreduzierung im Bereich Mietpreisüberprüfung	161.950	161.950	162.200		Der letzte verbleibende Stelleneinzug erfolgte zum 01.03.2010. Der Sparbeschluss ist damit erledigt.
	2005	82	WiV	Prüfauftrag: Organisationsentwicklung WiV	75.500	75.500			Der durch einen externen Berater begleitete Organisationsentwicklungsprozess, in dem der Prüfauftrag mit bearbeitet wird, wurde zwischenzeitlich abgeschlossen. Die Umsetzung der Konsolidierung obliegt der Dienststelle. Der Sparvorschlag wurde im Oktober 2009 mit WiV besprochen. Eine Stellungnahme der Dienststelle wurde angefordert. Es wurden bisher trotz Aufforderung keine Unterlagen von WiV übersandt.
	2005		Ref. VII		825.450	793.450	698.200	0	Summe Ref.VII 2005
	2005		Allgemein						
	2005	96	Allgemein	Rezentralisierung Öffentlichkeitsarbeit	140.000	140.000			Es wird vorgeschlagen, die Bearbeitung des Sparvorschlags in Stufe 3 des Sparpakets 2009 zu verlagern.
	2005	97	Allgemein	Optimierung nach Einführung von SAP und SAP-HR	400.000	400.000	57.000		Eine Teilzeitstelle wurde bei PA bereits eingezogen; darüber hinaus wurden 40.000 € aus den Einsparungen im Zusammenhang mit der Reorganisation Ka (POA vom 27.05.2008) auf diese Konsolidierungsmaßnahme angerechnet. Eine weitere Überprüfung erfolgt nach Abschluss der Einführung weiterer Module von SAP in den nächsten Jahren.
	2005	98	Allgemein	Gebäudemanagement: Prüfauftrag	100.000	100.000			Ein Vorschlag über die Weiterentwicklung des städtischen Gebäudemanagements wurde durch eine Projektgruppe erarbeitet. Parallel erfolgte im Rahmen eines Pilotversuchs die Vergabe von Gebäudedienstleistungen für zwei städtische Gebäudekomplexe ab 01.01.2008. Die Ergebnisse werden aufgrund der fünfjährigen Laufzeit des Pilotversuchs Ende 2012 vorliegen.
	2005	102	Allgemein	<i>Bündelung von operativen Querschnittsfunktionen</i> Analyse der Tätigkeiten, die potentiell zentralisierbar sind, ist nach Datensammlung erfolgt. Die noch offenen Punkte (Kennziffern, Mittlere Bearbeitungszeiten, Vergleich mit Referenz-Einheit sowie Vorschlag einer Pilotprojektes) werden sukzessive folgen Ein Umsetzungskonzept soll der Steuerungsgruppe im ersten Halbjahr vorgelegt werden.	100.000	100.000			Nach Datensammlung wurden die offenen Punkte (Kennziffern, Mittlere Bearbeitungszeiten, Vergleich mit Referenz-Einheit sowie Vorschlag einer Pilotprojektes) bearbeitet. Die Analyse der Tätigkeiten, die potenziell zentralisierbar sind, umfasst die Bereiche Personal (Urlaub, Dienstreisen, Krankmeldungen, AZK), Haushalt (Rechnungsbearbeitung, Einnahme-SB, Standardbericht aus SAP), IT (First-Level-Support, Internet/Intranet), Beauftragte (Sicherheit, IT, Datenschutz, Aus-/Fortbildung), Allg. Verw. (Beschaffung, Vordrucke, Reparaturen, Inventar, Ablage). Die Erkenntnisse und Überlegungen aus dieser Phase sind in die Stufe 3 der HHK 2009 einzubringen und weiter zu verfolgen.
	2005	103	Allgemein	<i>Durchführung eines Städtevergleiches</i> Ein erstes Erhebungsrastrer für den Vollkraftstellenvergleich zwischen den Städten Leipzig, Essen und Nbg., welches in mehreren Arbeitssitzungen erarbeitet wurde, lieferte Anhaltspunkte für die einzelnen zu vertiefenden Vergleichsobjekte. Diese wurden mit der Stadtspitze, der Lenkungsgruppe sowie den Referaten und Personalräten abgestimmt.	1.000.000	1.000.000	450.350	461.100	Zwischenzeitlich konnten insgesamt 25 der 32 Einzelvergleichsthemen nach einer näheren Betrachtung abgeschlossen werden. Dem POA wurde am 26.01.2010 ein Bericht mit weiteren Umsetzungsvorschlägen vorgelegt. Insgesamt sind damit zwischenzeitlich Konsolidierungen in Höhe von 911.450,- Euro entweder kassenwirksam umgesetzt bzw. im Verwaltungsvollzug. Im Projekt "Interkommunaler Städtevergleich Leipzig, Essen und Nürnberg" steht die Betrachtung von 7 Einzelprojekten im Jahr 2010 aus. Dem POA wird zu gegebener Zeit wieder berichtet.
X	2005	107	Allgemein	Optimierung des Umlegungsprozesses	5.000	5.000			Die organisatorische Zuordnung des Fachbereichs Umlegung wird im Rahmen der Stufe 3 der HHK 2009 geprüft. Dem POA wird empfohlen, den Sparbeschluss im Rahmen der Haushaltskonsolidierung aufzuheben.
X	2005	109	Allgemein	Zuordnung der Stellplatzabläse	5.000	5.000			Aus der Sicht von Ref. VII/LA soll an der bisherigen Organisation festgehalten werden. Die Zuordnung der Stellplatzabläse wird im Rahmen der Stufe 3 der HHK 2009 geprüft. Dem POA wird empfohlen, den Sparbeschluss im Rahmen der Haushaltskonsolidierung aufzuheben.
	2005		Allgemein		3.491.000	3.250.000	2.007.350	461.100	Summe Allgemein 2005
	2005		SUMMEN		10.854.207	10.447.652	7.411.192	1.165.958	SUMMEN HHK 2005

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2006		OBM						
	2006	1	RA	<i>Justitiariat</i> Prüfung durch OrgA, ob die Zahl der Juristen beim Justitiariat um eine Stelle verringert werden kann, wenn Standardstreitigkeiten in den Dienststellen erledigt werden können.	50.000	50.000			Die Kapazitätsüberprüfung, die für eine juristische Sachbearbeitung benötigt wird, erfolgt mit der Auswertung der Auswirkungen der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens. Es ist ein deutlicher Anstieg der Klagen erkennbar, der eine Kapazitätsanpassung erforderlich macht. Gleichzeitig sind jedoch auch Einsparungen bei den Dienststellen zu erkennen. Aufgrund der vorliegenden Fallzahlen ist aus gesamtstädtischer Sicht ein Konsolidierungsbeitrag zu erwarten. Durch die erfolgte modifizierte Umsetzung des Probeversuchs müssen zunächst belastbare Fallzahlenentwicklungen abgewartet werden.
	2006		OBM		50.000	50.000	0	0	Summe OBM 2006
	2006		2. BM						
	2006		2. BM		200.000	186.000	0	186.000	Summe 2.BM 2006
	2006		3. BM						
	2006		3. BM		64.000	62.700	62.700	0	Summe 3.BM 2006
	2006		Ref. I						
	2006	8	PA, OrgA	<i>Zusammenlegung der Dienststellen PA und OrgA</i> Nach Ausgliederung der IuK ist eine Zusammenlegung der Dienststellen PA und OrgA zu prüfen.	200.000	200.000			zurückgestellt (Voraussetzung: Ausgliederung IT)
	2006		Ref. I		504.000	464.000	264.000	0	Summe Ref.I 2006
	2006		Ref. II						
	2006		Ref. II		40.000	40.000	0	40.000	Summe Ref.II 2006
	2006		Ref. III						
	2006		Ref. III		20.000	20.000	20.000	0	Summe Ref.III 2006
	2006		Ref. IV						
	2006	13	MN	Abbau Ferienüberhang, Angleichung der Strukturen an IZ-Städte	50.000	50.000		50.000	Aktuell ist ein Gespräch zwischen Ref. I, Ref. II und Ref. IV zur Weiterentwicklung von MN und zum Umgang mit den offenen Sparbeschlüssen (Nrn. 2003/68 und 2006/13) geplant. Das Gespräch soll vor der Sitzung des Kulturausschusses am 09.07.2010 stattfinden.
	2006		Ref. IV		204.800	204.800	154.800	50.000	Summe Ref.IV 2006
	2006		Ref. V						
	2006		Ref. V		1.230.000	1.100.740	1.100.740	0	Summe Ref.V 2006
	2006		Ref. VI						
	2006	20	H	<i>Bereich Technik (z. B. Starkstrom, Sanitär, Heizung)</i> Aufgrund des neuen Hausmeistermodells bei den Schulen und möglicher weiterer Dezentralisierungen sind Personaleinsparungen möglich.	60.000	60.000		60.000	H schlägt in einer Stellungnahme vom 22.04.2010 vor, den Sparbeschluss nicht umzusetzen, da die Einführung des Hausmeistermodells tendenziell zu Mehrarbeit bei H führt. Gleichzeitig wird auf den gleichlautenden Sparbeschluss Nr. 2005/73 in Höhe von 60.000 Euro verwiesen, der bereits erfüllt wurde. Eine Prüfung des Sachverhalts erfolgt.
	2006		Ref. VI		265.000	165.000	76.100	81.900	Summe Ref.VI 2006
	2006		Ref. VII						
	2006	25	WS	<i>Förderung des Wohnungsbaus</i> Es ist zu prüfen, inwieweit Änderungen bei der Eigenheimzulage zu einer Veränderung bei den Fallzahlen führen und damit eine Anpassung der Stellenkapazität möglich wird.	50.000	50.000		50.000	Die Kapazität wird derzeit für die Umsetzung des Schallschutzfensterprogramms eingesetzt, das voraussichtlich 2011 ausläuft. Der Abbau der entsprechenden Stellenkapazität soll durch die Anbringung eines Fristvermerks 12/2011 sichergestellt werden.
	2006		Ref. VII		50.000	50.000	0	50.000	Summe Ref.VII 2006
	2006		Allgemein						
	2006	19	Allgemein	IZ-Geo	633.000	633.000			Der Vorschlag wird im Rahmen einer stadtinternen Arbeitsgruppe mit der Zielsetzung der Einführung eines stadtweiten GIS in Nürnberg bearbeitet (POA 23.10.2007). Ein Bericht wurde dem POA Anfang 2009 vorgelegt. Einsparpotentiale sollen innerhalb der nächsten zwei Jahre aufgezeigt und umgesetzt werden.
	2006	28	Allgemein	<i>Einsatz von Transponder-Chips</i> Z.B. bei der Bücherausleihe oder beim Eintritt in Bäder sollen Selbstbedienungskonzepte mit dem Einsatz von Transponder-Chips geprüft werden. Einsparungen sicher, Höhe nicht abschätzbar.	0	0			Eine referatsübergreifende Arbeitsgruppe hat ein technisches Konzept erarbeitet. Die Umsetzung kann frühestens mit Eröffnung der Zentralbibliothek 2012 erfolgen. Im Zuge der organisatorischen Änderungen im Zusammenhang mit der Errichtung der neuen Zentralbibliothek (Inbetriebnahme voraussichtlich Mitte 2012) kann über die finanziellen Auswirkungen der neuen Technologie im POA berichtet werden. Erste Erkenntnisse müssten bis Ende 2011 vorliegen.
	2006		Allgemein		7.305.600	7.288.600	6.655.600	0	Summe Allgemein 2006
	2006		SUMMEN		9.933.400	9.631.840	8.333.940	407.900	SUMMEN HHK 2006

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2007		OBM						
	2007	2	EP	<i>Aufgabe des Versicherungsamtes</i> Es sind Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern aufgenommen worden, die gesetzliche Verpflichtung zur Vorhaltung eines Versicherungsamtes aufzuheben bzw. Personal zu reduzieren.	500.000	500.000	143.750	51.250	Im POA am 08.12.2009 erfolgt eine Vorlage für weitere Stelleneinsparungen i.H.v. 145.700,- Euro. Damit sind die nebenstehenden Beträge erbracht. Von den 500.000 Euro des Sparbeschlusses stehen noch rund 300.000 Euro zur Realisierung an. Diese sollen durch entsprechende Personal- und Sachkosteneinsparungen erbracht werden. Eine Zusammenstellung wird erarbeitet und soll dem POA im Juli 2010 in Form eines Konzeptes vorgelegt werden.
	2007		OBM		500.000	500.000	143.750	51.250	Summe OBM 2007
	2007		2. BM						
	2007	1	FW	<i>FW: Reduzierung der Kapazitäten im Bereich der Verwaltung</i> Durch den Wegfall von Unterhaltsarbeiten, wenn der Standort Reutersbrunnenstraße saniert bzw. aufgegeben ist, können von den Einsatzbeamten Verwaltungstätigkeiten mit übernommen werden.	80.000	80.000			Der Neubau der Feuerwache 1 wurde vom POA am 28.01.2008 beschlossen. Die Prüfung des Konsolidierungsvorschlages erfolgt im Zusammenhang mit dem Neubau der Feuerwache 1.
	2007		2. BM		80.000	80.000	0	0	Summe 2.BM 2007
	2007		3. BM						(keine Beschlüsse für 3.BM 2007)
	2007		Ref. I						
	2007		Ref. I		46.000	46.000	0	0	Summe Ref.I 2007
	2007		Ref. II						(keine Beschlüsse für Ref.II in 2007)
	2007		Ref. III						(keine Beschlüsse für Ref.III 2007)
	2007		Ref. IV						
	2007		Ref. IV		150.000	150.000	150.000	0	Summe Ref.IV 2007
	2007		Ref. V						
	2007	4	Ref. V	<i>Neuorganisation des Referates V</i> Durch die Organisationsreform im Referat V kann eine Einsparsumme in Höhe von insgesamt 1.075.000 Euro erwartet werden.	1.075.000	1.075.000	178.095	896.905	Die Umsetzung der Neuorganisation des Ref. V erfolgt auf Basis einer entsprechenden Zeitplanung in enger Abstimmung mit Ref. I und II. Dem JHA und POA wird bis Ende 2010 über die Umsetzung der Neuorganisation des Ref. V berichtet.
	2007		Ref. V		4.755.000	4.755.000	3.858.095	896.905	Summe Ref.V 2007
	2007		Ref. VI						
	2007	9	Geo	<i>Prüfauftrag im Bereich Kartographie</i> Im Stellenplan von Geo sind 17,48 Stellen im Bereich Kartographie ausgewiesen. Es wird - auch im Vergleich zu anderen Kommunen - geprüft, ob eine Reduzierung des Personals möglich ist.	200.000	200.000			Der Vorschlag wird im Rahmen des interkommunalen Städtevergleichs Essen-Leipzig-Nürnberg bearbeitet. Der Einzelvergleich soll bis zum Sommer 2010 abgeschlossen werden.
	2007		Ref. VI		250.000	250.000	47.750	0	Summe Ref.VI 2007
	2007		Ref. VII						
	2007	10	Ref. VII, IB	<i>Bündelung der Kompetenzen bei EU Fördermitteln</i> Überprüfung der Aufgabenerledigung bei IB, Ref. VII und WiV (Hinweis: Metropolregion, Struktur- und Sozialfonds)	80.000	80.000			Der Sparvorschlag wurde mit der Dienststelle besprochen. Im Rahmen der bei Ref. VII zur Zeit anstehenden Umstrukturierungen wird die Bündelung der Kompetenzen bei EU-Fördermitteln aktuell geprüft. Im Herbst 2010 wird entschieden werden können, ob man Kompetenzen bündeln kann.
	2007		Ref. VII		480.000	480.000	400.000	0	Summe Ref.VII 2007
	2007		Allgemein						
	2007	11	Allgemein	<i>Kostensenkung durch internetbasierten Einkauf (e-procurement)</i> Es ist zu prüfen, ob durch Online-Ausschreibung, Online-Vergabe und Online-Einkauf Einsparpotenziale erzielbar sind. Hierbei sind auch Vergleiche mit Städten, die bereits e-procurement nutzen, einzubeziehen. Weiterhin ist zu prüfen, inwieweit die Funktionalitäten von SAP bzw. externe e-procurement-Plattformen genutzt werden können. Ggf. ist externe Unterstützung einzubeziehen. Eine entsprechende Arbeitsgruppe wurde ins Leben gerufen.	200.000	200.000			Der Produktivstart für das Pilotprojekt "Elektronische Ausschreibung und Vergabe für die Stadt Nürnberg" erfolgte im April 2010. Ein Projektergebnis soll frühestens ein Jahr nach dem Produktivstart vorliegen.

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2007	12	Allgemein	<i>Verzicht auf Lagerhaltung</i> Im Zusammenhang mit internetbasiertem Einkauf ist auch gesamtstädtisch die Notwendigkeit zentraler Lager zu prüfen. Die Übertragung der Lagerhaltung auf Lieferanten und die Beschaffung auf elektronischem Weg setzt eine entsprechende IuK-technische Infrastruktur voraus.	150.000	150.000			ZD wird im zentralen Warenlager im Kirchenweg einen Vergleich mit der Belieferung "an den Schreibtisch" durchführen, die von einigen Lieferanten angeboten wird. Diese Prüfung wird im 2. Quartal 2010 stattfinden.
	2007	13	Allgemein	<i>Vergabe von Dienstleistungen über Internet</i> Im Internet sind Kontaktbörsen vertreten, in denen Waren und Dienstleistungen ausgelobt und angeboten werden. Es erscheint sinnvoll auch bei der Stadt Nürnberg diese Möglichkeit im Rahmen der bestehenden Regelungen zu nutzen. Eine Nutzung wird zum Beispiel im Bereich der freihändigen Vergaben gesehen, evtl. auch als Alternative zu (langfristigen) Rahmenverträgen und zur Abrechnung von Regiestunden. Den Anforderungen an die Qualität kann durch die Abfrage von Referenzen oder die Vergabe an bekannte Dienstleister Rechnung getragen werden.	100.000	100.000			Die am 29.12.2009 bekanntgegebene neue Fassung der VOL/A enthält Regelungen zu sog. dynamischen elektronischen Verfahren in den §§ 5 und 5EG. Es ist seitens der Stadt zu prüfen, ob von diesen Verfahren Gebrauch gemacht werden kann und soll. Die Umsetzung kann erst mit Inkrafttreten der VOL/A durch Bekanntgabe einer neuen Vergabeverordnung (VgV) erfolgen. Die neue VgV soll in Kürze in Kraft treten (Stand: Mai 2010).
	2007	14	Allgemein	<i>Leitungsspannen überprüfen (Einführung von Standards)</i> Die Erforderlichkeit von kleinen Organisationseinheiten (z.B. mit weniger als 6 Vollkräften) ist auf die fachliche Notwendigkeit (z.B. bei Gliederungen nach regionalen Gesichtspunkten) auch unter Berücksichtigung zunehmender Projektarbeit in der Verwaltung und Nutzung von Spezialwissen zu betrachten. Weiter ist der Gesamtumfang und die Tiefe der Leitungshierarchie zu prüfen. Der Vorschlag bezieht sich auf alle Hierarchieebenen.	300.000	300.000	10.950		Im Rahmen von Organisationsuntersuchungen wird die Zielsetzung der Verringerung von Leitungsspannen berücksichtigt.
	2007	16	Allgemein	<i>Ausschöpfen des Kostenrahmens</i> Anpassung der Gebührenhöhe unter Ausschöpfung des Kostenrahmens	1.000.000	1.000.000	100.000		Es konnten Gebührenerhöhungen in den Bereichen Fahrerlaubniswesen (70.000 Euro) und Kfz-Zulassungsstelle (30.000 Euro) erreicht werden. Innerhalb der laufenden Arbeit, insbesondere im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung und im Rahmen der laufenden Haushaltskonsolidierungsrunden sind die Dienststellen stets dazu angehalten, ihre Erträge soweit als möglich zu erhöhen. Über die weiteren verwaltungsmäßigen Umsetzungsmöglichkeiten werden verwaltungsintern Abstimmungen stattfinden.
X	2007	18	Allgemein	<i>Reduzierung der Müllgebühren bei den städtischen Dienststellen und Betrieben</i> Ausdehnung des Projekts "Müll an Schulen" auf die Gesamtstadt.	200.000	200.000	100.000		Die Bilanzierung der eingeleiteten Maßnahmen erfolgte in einem Abschlussbericht. Es konnten kassenwirksame Einsparungen in Höhe von 100.000 Euro erreicht werden. Dem POA wird empfohlen, den Sparbeschluss mit einer Einsparsumme von 100.000 Euro als erbracht anzusehen.
	2007	20	Allgemein	<i>Wegfall der Pausenregelung im Arbeiterbereich</i> wirksam ab 2010 nach Wegfall der Übergangsregelung	500.000	500.000		500.000	Aufgrund der gesetzlichen Regelung wird der Betrag ab 2010 stufenweise realisiert. Die Dienststellen sind mit Schreiben vom 23.04.2010 aufgefordert, die errechneten Beträge in Form von Personal- oder Sachkosteneinsparungen zu benennen.
	2007		Allgemein		4.400.000	4.400.000	2.160.950	500.000	Summe Allgemein 2007
	2007		SUMMEN		10.661.000	10.661.000	6.760.545	1.448.155	SUMMEN HHK 2007

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2008		OBM						(keine Beschlüsse für OBM 2008)
	2008		2. BM						(keine Beschlüsse für 2.BM 2008)
	2008		3. BM						(keine Beschlüsse für 3.BM 2008)
	2008		Ref. I						(keine Beschlüsse für Ref.I in 2008)
	2008		Ref. II						(keine Beschlüsse für Ref.II in 2008)
	2008		Ref. III						(keine Beschlüsse für Ref.III 2008)
	2008		Ref. IV						(keine Beschlüsse für Ref.IV 2008)
	2008		Ref. V						(keine Beschlüsse für Ref.V 2008)
	2008		Ref. VI						(keine Beschlüsse für Ref.VI 2008)
	2008		Ref. VII						(keine Beschlüsse für Ref.VII in 2008)
	2008		Allgemein						
	2008	5	Allgemein	Allgemein Der Stadtrat hat am 13.04.2005 ein Sparpaket in Höhe von 10,9 Mio Euro (aus der sog. Dilettantenrunde) beschlossen. Dieses Sparpaket, das mittlerweile durch STRBeschluss auf eine Summe von rund 10,5 Mio Euro angepasst wurde, soll nunmehr der Regierung von Mittelfranken zur Genehmigung des Haushaltes 2008 mit vorgelegt werden. Es handelt sich dabei um weitere dauerhafte Einsparungen und/oder Ertragsverbesserungen, die über die bisher von der Regierung von Mittelfranken aus haushalts- bzw. genehmigungsrechtlicher Sicht geforderten Sparpakete hinausgehen.	10.854.207	10.447.652	7.411.192	1.165.958	Die aktuellen Sachstände der Umsetzung der Einzelvorschläge werden unter den jeweiligen ID's der HHK 2005 berichtet.
	2008		Allgemein		13.744.207	13.337.652	10.301.192	1.165.958	Summe Allgemein 2008
	2008		SUMMEN		13.744.207	13.337.652	10.301.192	1.165.958	SUMMEN HHK 2008

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2009		OBM						
	2009	6	EP	(Stufe 2 - ab 2010) Lohnsteuerkarten Verzicht auf den Druck und Versand von Lohnsteuerkarten ab 2010 ff. Wegfall von Sach- und Personalkosten bei EP, ZD und OrgA (für 380.000 Stück Porto- und Druckkosten).	150.000	150.000	90.000		Im Jahr 2010 wurden von EP 90.000 Euro durch Sachkosteneinsparungen kassenwirksam erbracht. Die Details zur verwaltungsmäßigen Umsetzung von ELSTAM werden derzeit durch das Bundesfinanz- und Bundesinnenministerium festgelegt. Der Minderaufwand für die alljährliche Lohnsteueraktion bei EP ist daher erst Ende 2010 zu quantifizieren. Ab 2011 ist ebenfalls eine Entlastung der Stadt Nürnberg als Arbeitgeberin gegeben.
	2009	24	RA	(Stufe 2 - ab 2010) Versicherungswesen Gemeindliches Versicherungswesen: Prüfauftrag bezüglich der Ausstattung und Aufgabenstellung hinsichtlich der verschiedenen Versicherungsarten.	50.000	50.000			Für die Stadt Nürnberg soll ein Konzept für eine Risikostrategie weiterentwickelt und daraus der notwendige Versicherungsschutz abgeleitet werden. Das Konzept wird RA in Zusammenarbeit mit OrgA und Ref. II bis Jahresende 2010 entwickeln.
	2009		OBM		200.000	200.000	90.000	0	Summe OBM 2009
	2009		2. BM						
	2009	7	BA/NOS	(Stufe 2 - ab 2010) Steuer- und Liegenschaftsverwaltung Zentralisierung der Steuer- und Liegenschaftsverwaltung: Bei Umsetzung von SÖR: Zentralisierung der derzeit bei BA/NOS angesiedelten Aufgaben Grundsteuer- sowie der Liegenschaftsverwaltung bei den zentralen Fachämtern: ohne Verlagerung der Personalkapazität.	120.000	120.000			Um die Frage der Zusammenlegung der Liegenschaftsverwaltung konkreter planen zu können, wird bis Ende Juli 2010 ein Mengengerüst bei BA/NOS erstellt, um auf dieser Basis mit LA die Modalitäten für eine mögliche Aufgabenübernahme zu besprechen.
	2009	20	NüBad	(Stufe 2 - ab 2010) Ausgliederung NüBad Einbindung NüBad in den steuerlichen Querverbund der Städtischen Werke Nürnberg	1.000.000	1.000.000			Prüfung einer Integration von NüBad in StWN-Konzern in Absprache mit dem StWN-Vorstand, sobald dies aufgrund einer entsprechenden Ergebnisentwicklung auf StWN-Ebene aus steuerlichen Gründen vorteilhaft ist.
X	2009	23	FW	(Stufe 2 - ab 2010) Einsparung von Wachzentralen Im Zusammenhang mit dem Neubau der Feuerwache 1 ist zu prüfen, ob die Wachzentralen zusammengelegt werden könnten; vgl. Mummert-Vorschlag.	800.000	800.000		306.000	Zur besseren Beurteilung der Realisierungsmöglichkeiten wurde eine interkommunale Umfrage durchgeführt. Diese Umfrage ergab, dass eine Struktur ohne Wachzentralen in anderen Städten existiert, dort aber kein mit Nürnberg vergleichbarer Aufgabenumfang vorhanden ist. Bei einer Auflösung der Wachzentralen wären außerdem umfangreiche organisatorische Änderungen notwendig. Darüber hinaus müsste in erheblichem Umfang in technische Lösungen investiert werden, so dass ungewiss ist, ob bzw. in welchem Umfang Einsparungen realisiert werden könnten. Um den städtischen Haushalt dennoch zu entlasten und den Konsolidierungsbetrag wenigstens teilweise zu erbringen, sollen bei FW ersatzweise folgende Maßnahmen umgesetzt werden: 1. Neustrukturierung der Rettungssanitäter/-assistenten-Ausbildung 2. Erhöhung des Anteils von externen Teilnehmern an Laufbahn- und Sonderlehrgängen 3. Sukzessive Vergabe der Reinigungsarbeiten aller noch eigengereinigten Wachen Die Realisierung der Ersatzvorschläge ergibt im Endausbau einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von insgesamt 306.000 Euro pro Jahr. Die genannten Ersatzvorschläge sollen umgesetzt werden. Dem POA wird empfohlen, den Sparbeschluss mit der erbrachten Summe von 306.000 Euro als erledigt anzusehen.
	2009		2. BM		1.995.000	1.995.000	50.000	331.000	Summe 2.BM 2009
	2009		3. BM						(keine Beschlüsse für 3.BM 2009)
	2009		Ref. I						
	2009	5	OrgA, PA	(Stufe 2 - ab 2010) Reduzierung der Personalkosten Reduzierung der Personalkosten durch Abbau von 60 Stellen bei überplanmäßigen Kräften (z.B. Überprüfung der Projektsteckbriefe)	3.137.000	3.137.000		3.137.000	Das ursprüngliche Einsparziel wurde um 137.000 Euro erhöht wegen der Einbeziehung der üpl. Personalkapazität aus Ref. V/Bündnis für Familie (siehe HHK 2009 Nr. 14). Ein Abbau überplanmäßiger Kräfte konnte bereits erzielt werden. Eine genaue Bezifferung der Einsparsumme folgt.
	2009	17	PA	(Stufe 2 - ab 2010) Gehaltsabrechnungen PA-Abrechnung, Überprüfung der Häufigkeit der Gehaltsabrechnungen: Einsparung betrifft Druck- und Portokosten, wobei Belastbarkeit des Einsparbetrages zu prüfen wäre.	153.000	153.000			Vorschlag wird umgesetzt, Druck wird probeweise änderungsabhängig eingeschränkt (Mitt. 55A v. 21.8.09). Der Prozessablauf der Erstellung von Gehaltsabrechnungen wurde aufgenommen. Eine endgültige Aussage über die Einsparhöhe und die Realisierung wird nach Vorliegen der tatsächlichen Zahlen nach Abschluss der Probephase erfolgen.

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2009	18	OrgA, ZD, LA	(Stufe 2 - 2010) Facilitymanagement Immobilien-, Büroflächen- und Facilitymanagement: incl. Aktivierung/Nutzung "brachliegender" Grundstücke und Liegenschaften. Begleitung des Prozesses durch einen externen Berater.	1.500.000	1.500.000			Ein externer Beratungsauftrag wurde erteilt. Nach der Kick-off-Sitzung am 23.04.2010 und der Ist-Aufnahme mit Handlungsempfehlungen wird Mitte Juli 2010 über ein Organisationsmodell entschieden. Der Abschlussbericht über das Projekt wird für das 4. Quartal 2010 erwartet.
	2009		Ref. I		5.059.000	5.059.000	269.000	3.137.000	Summe Ref.I 2009
	2009		Ref. II						
	2009	19	KaSt, SHA, J	(Stufe 2 - ab 2010) Forderungsmanagement Fortführung des begonnenen Projekts unter Einschaltung eines externen Beraters.	250.000	250.000			Im Rahmen des Städtevergleiches mit Leipzig wird derzeit der Bereich Vollstreckung bei KaSt untersucht. Ein Bericht wird im Laufe des Jahres vorliegen. Auch Rödl & Partner hatten dieses Thema geprüft (vgl. HHK-Beschluss Nr. 2009/32).
	2009		Ref. II		250.000	250.000	0	0	Summe Ref.II 2009
	2009		Ref. III						
	2009		Ref. III		68.000	68.000	68.000	0	Summe Ref.III 2009
	2009		Ref. IV						
	2009	31	Ref. IV, Ref. V, Ref. VII	(Stufe 3 - 2015) Bündelung der Stadtteilaktivitäten Mehrere Referate sind vor Ort in den Stadtteilen mit verschiedenen Inhalten und Zielgruppen aktiv. Prüfung der Bündelung der Stadtteilaktivitäten.	0	0			Stufe 3
	2009		Ref. IV		0	0	0	0	Summe Ref.IV 2009
	2009		Ref. V						
	2009	21	Ref. V	(Stufe 2 - ab 2010) Reduzierung im Transferleistungsbereich	2.500.000	2.500.000			Die Umsetzung des Beschlusses ist im Vollzug.
	2009		Ref. V		2.955.750	2.955.750	520.750	0	Summe Ref.V 2009
	2009		Ref. VI						
	2009	12	Vpl, SÖR	(Stufe 2 - ab 2010) Reduzierung von Verkehrsschildern und Ampelanlagen Die Ausgaben im Jahr 2007 für den Unterhalt der Anlagen zur Verkehrsregelung bzw. für den Ersatz/Neubau von Lichtsignalanlagen betragen 3 Mio. Euro. Eine Reduzierung von Verkehrsschildern und Ampelanlagen im vorgeschlagenen Umfang ist daher angezeigt.	400.000	400.000	242.060		Bisher wurden insgesamt 242.060 Euro erbracht. Bei den Aufwendungen für Verkehrszeichen wurde eine Kürzung des Ansatzes im Wirtschaftsplan 2010 von SÖR in Höhe von 40.000 Euro vorgenommen. 200.000 Euro wurden durch Erhöhung öffentlich-rechtlicher Leistungsentgelte erbracht (StR-Beschluss vom 19.11.2009). Weiterhin hat der AfV einstimmig beschlossen, dass 7 Ampelanlagen auf Notwendigkeit und ggf. kostengünstigere Ersatzlösungen geprüft werden und vor einer Zur endgültigen Abschaltung ein gesonderter Umsetzungsbeschluss erfolgt. Eine seit 11/2008 probeweise abgeschaltete Ampelanlage wird endgültig abgeschaltet und abgebaut. Im konsumtiven Bereich erzeugt dies Einsparungen i.H.v. jährlich rd. 2.060 Euro (Wartungs- und Energiekosten).
	2009	29	KEM	(Stufe 2 - ab 2010) Stellenreduzierung Überprüfung des Kommunalen Energiemanagements und Reduzierung des Personalbedarfs.	150.000	150.000		70.000	Status quo bleibt bis 31.12.2011 beibehalten, danach entfällt eine Planstelle. Die derzeitige Befristung von zwei überplanmäßigen Kräften bleibt wie vorgesehen bestehen. Im Rahmen des Prüfauftrages zum Facilitymanagement (HHK Nr. 2009/18) finden weitere Prüfungen statt.
	2009		Ref. VI		550.000	550.000	242.060	70.000	Summe Ref.VI 2009
	2009		Ref. VII						
X	2009	16	Ref. VII	(Stufe 2 - ab 2010) Reduzierung des Zuschusses an den Verkehrsverein Überprüfung der Aufgaben des Verkehrsvereins, mit dem Ziel einer Einsparung beim Zuschuss.	50.000	50.000	50.000		Die Reduzierung in Höhe von 50.000 € wurde im HHPlan 2010 berücksichtigt.
	2009	25	LA	(Stufe 2 - ab 2010) Veräußerung städtischer Liegenschaften Prüfauftrag	300.000	300.000			Bestandsaufnahme durch SAP-Verfahren geplant, danach Bewertung erforderlich.
	2009	30	Ref. VII	(Stufe 2 - ab 2010) Stellenreduzierung Stab Ref. VII Neuordnung aufgrund geänderter EU-Förderung	50.000	50.000			Zur Ausschöpfung EU-rechtlicher Fördergelder soll das Dienstleistungsangebot zumindest vorübergehend gestärkt werden.
	2009		Ref. VII		400.000	400.000	50.000	0	Summe Ref.VII 2009

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushaltswirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2009		Allgemein						
	2009	2	Sparkasse	(Stufe 1 - 2009) <i>Erhöhung Konzessionsabgabe</i> Die Sparkasse soll an die Stadt Nürnberg einen Teil ihres Gewinns ausschütten (1,8 Mio. Euro für bereits vorhandenen Sparvorschlag reserviert).	3.200.000	3.200.000	2.900.000		Die Sparkasse wird für das Jahr 2009 einen Betrag von 2,9 Mio € an die Stadt Nürnberg ausschütten.
	2009	11	Allgemein	(Stufe 2 - ab 2010) <i>Erstellung von Stadtratsunterlagen</i> Reduzierung des Aufwandes bei der Erstellung von Stadtrats- und Ausschussunterlagen sowie von Vorratsplanungen: Standardisierung und Bündelung der Sachverhaltsdarstellungen, incl. Änderungen der Stadtratsgeschäftsordnung	75.000	75.000			Bisher ca. 23.000 Euro Druckkosteneinsparung durch Verteilerreduzierung (Anrechnung bei HHK Nr. 2006/30); weitere Reduzierung um ca. 40.000 Euro möglich, wenn StR-Mitglieder zukünftig auf Unterlagen der Ausschüsse, in denen sie nicht Mitglied sind, in gedruckter Form verzichten würden. Einsparungen im Technikbereich (Speicherkosten) sind wegen des geringen Anteils variabler Kosten nicht möglich. Die Stadtratsmitglieder erhalten die Sitzungsunterlagen in Papierform, können aber auch mittels einer Signaturkarte auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzungen zugreifen, die im elektronischen Ratsinformationssystem (e-RIS) eingestellt sind. Durch OrgA/EGB wurde eine Fragebogenaktion zur Nutzung des e-RIS durchgeführt. Das Ergebnis wird derzeit ausgewertet.
	2009	13	Ref. I, Ref. II, Ref. VI	(Stufe 2 - ab 2010) <i>Kernverwaltung durch SÖR</i> Kernverwaltung durch SÖR: In den Dienststellen Ka, Stk, PA sowie bei Ref. VI sind bis auf Steuerungsfunktionen Einsparungen durch Gründung des Eigenbetriebes SÖR zu erwarten.	150.000	150.000	45.750		Stelleneinzug Stk (0,37; 26.200 Euro); Stelleneinzug Ka (0,5; 19.550 Euro) nicht durch Gründung von SÖR sondern besonderer Beitrag von Ref. II zum Sparpaket. Die Auswirkungen der Umstrukturierung sollen Ende 2011 geprüft werden.
	2009	15	Allgemein	(Stufe 2 - ab 2010) <i>Evaluierung freiwilliger Zuschüsse</i> Die Stadt Nürnberg leistet freiwillige Zuschüsse in beträchtlicher Höhe. In der Regel werden einmal bewilligte Zuschüsse dauerhaft fortgeschrieben. Es ist sinnvoll, im Rahmen einer Evaluierung bestehende Zuschüsse auf den Prüfstand zu stellen, um Finanzmittel auch für neue Initiativen zur Verfügung zu haben. Daher soll eine Neuordnung, Neuausrichtung incl. Bündelung und Kürzung der Zuschüsse an Dritte geprüft werden. Dabei ist ein Einsparbetrag von 1.000.000 Euro zu erzielen, der zu 50% (500.000 Euro) für neue Zuschüsse verwendet werden kann. Die anderen werden zugunsten des Gesamthaushalts eingespart. Die Gesamtsumme (Art 5) beträgt derzeit ca. 15 Mio. Euro.	500.000	500.000	456.550		OBM: Einsparvorschlag i.H.v. 3.600 Euro wurde im HHplan 2010 berücksichtigt; 2. BM: Investitionszuschüsse werden um 50.000 Euro gekürzt. Wurde im MIP entsprechend umgesetzt; 3. BM: Einsparvorschlag i.H.v. 10.000 Euro wurde im HHplan 2010 eingearbeitet; Ref. III: Einsparbetrag von 26.600 Euro für HH 2010 eingeplant; Ref. IV: Einsparvorschläge von Ref. IV i.H.v. 88.500 Euro wurden im HHplan 2010 berücksichtigt; Ref. V: Von der Einsparvorgabe von 302.700 € wurden in den HHplan 2010 275.500 € berücksichtigt. Der Rest wird im HHplan 2011 eingearbeitet; Ref. VII: Eine Einsparsumme i.H.v. 2.350 Euro wurde im HHplan 2010 berücksichtigt
X	2009	22	VAG	(Stufe 2 - ab 2010) <i>Reduzierung des Verlusts der VAG</i> Vergleichende Betrachtung der generierten Verluste in den großen Städten bei Verkehrsbetrieben mithilfe einer externen Beratung, aufbauend auf Voruntersuchungen der VAG.	5.000.000	5.000.000	6.100.000		Verringerung des Jahresfehlbetrages und somit des Zuschussbedarfes in 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Mio. auf 68,4 Mio. 2009 wurde der Verlustausgleich um weitere 2,7 Mio. € auf 65,7 Mio. € reduziert. Die Einsparvorgabe ist daher erfüllt. Voraussetzung für die Stabilisierung der Einsparvorgabe ist die Fortentwicklung der VAG-Tarife.
	2009	28	Th	(Stufe 2 - ab 2010) <i>Anpassung der staatlichen Förderung</i> Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern über eine Angleichung der Zuschussquote analog der staatlichen Zuschusspraxis an vergleichbare staatliche Einrichtungen. Lt. Theaterstatistik 2006/2007 des Deutschen Bühnenvereins beträgt die Zuschussquote des Freistaates Bayern bei der Bayerischen Staatsoper 93,2%, beim Bayerischen Staatsschauspiel 100% und beim Staatstheater am Gärtnerplatz 98%. Die staatliche Gesamtförderung für die Münchner Theater beläuft sich auf 94,5 Mio. Euro. Der Zuschuss des Freistaates ab der Spielzeit 2008/2009 für das Staatstheater Nürnberg beträgt 50%. Hierfür sind im Haushaltsplan 2009 16,6 Mio. Euro veranschlagt. Bei einer adäquaten Angleichung an das Zuschussniveau für die Bayerische Staatsoper müßte der staatliche Zuschuss für das Staatstheater Nürnberg mindestens 31 Mio. Euro (entsprechend dem Verhältnis der Einwohnerzahlen) betragen. Es ist anzustreben, die staatliche Förderquote sukzessive anzupassen.	0	0			Es erfolgen laufend politische Abstimmungen.

X	Jahr	Lfd. Nr.	Dst.	Aufgabe	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme angepasst	Bisher haushalts-wirksam erbracht	Im Vollzug	Umsetzung Berichterstattung POA
	2009	32	Allgemein	(Stufe 2 - ab 2010) Zusätzliches Beraterergebnis Bei Einschaltung eines externen Beraters im Rahmen des Forderungsmanagements werden zusätzliche Beratungsergebnisse hinsichtlich außerhalb des Forderungsmanagements liegender weiterer kurzfristig umsetzbarer Einsparpotenziale erwartet. Es müssen Vorschläge sein, die noch nicht Bestandteil städtischer Überlegungen waren.	7.000.000	10.900.000	220.250	10.679.750	Maßnahmenpaket liegt vor, Begutachtung im Ältestenrat/POA erfolgte am 27.10.2009, Stadtrats-Beschlussfassung erfolgte am 19.11.2009 in den HH-Beratungen für 2010.
	2009	33	Allgemein	(Stufe 3 - 2015) Nürnberg 2015 Siehe Eckpunkte "Nürnberg 2015 - moderne Stadtverwaltung der Zukunft"	10.000.000	10.000.000			Stufe 3
	2009		Allgemein		38.175.000	41.910.600	21.808.150	10.679.750	Summe Allgemein 2009
	2009		SUMMEN		49.652.750	53.388.350	23.097.960	14.217.750	SUMMEN HHK 2009